

Mittelleine Silmann im studioguten Abend. Der Mietendeckel kommt, aber nur wenn SbÖ oder freiheitliche mitstimmen, jetzt muss mit der Opposition verhandelt werden. Die Inflation ist wegen der hohen Treibstoffpreise im August wieder gestiegen. Die EU-Außenminister beraten nach dem Militärputsch in Niga über Sanktionen gegen den afrikanischen Staat.

Regierungsumbildung

gegen Großbritannien, der Verteidigungsminister geht. Beim Brand in einem illegalen Wohnhaus in Südafrika sterben mehr als 70 Menschen. Die Grünen verlangen eine Überwachung der FPÖ-Partei Jugend durch den Verfassungsschutz und die Salzburger Festspiele sind zu Ende und können sich über eine Rekordauslastung freuen. Das Journal Panorama beschäftigt sich heute mit umstrittenen Methoden, die Erde künstlich abzukühlen, dem sogenannten Geo-Engineering. Erster Programmpunkt im Abendjournal der Blick aufs Wetter mit Daniel Zeinlinger.

Mit einer Mischung von Sonne und Wolken geht der Tag zu Ende. Da und dort sind auch Regenschauer dabei.

Die meisten gibt es in Unterkärnten, in der Steiermark und in der Buckelten Welt.

Morgen der Freitag bringt Zeit für das sonniges Wetter. Am längsten scheint die Sonne im Westen und im Süden. Länger trüb sein kann es von Salzburg Ost fährt. Hier sind auch wieder einzelne Regenschauer dabei. Am Nachmittag eventuell auch Gewitter. Es wird wärmer als heute mit 21 bis 27 Grad. Am Wochenende legen die Temperaturen dann weiter zu.

Das Amstern wird generell ein sonniger Tag mit nur wenigen Wolken und höchstens einzelnen Schauern.

Auch der Sonntag bringt einige Sonnenstunden. In der Osthälfte bilden sich dann allerdings vermehrt Regenschauer und Gewitter. Wenn man sich den Entwurf für den Mietendeckel, den die Regierung gestern präsentiert hat, genauer anschaut, stellt man fest, dass mehrere Verfassungsbestimmungen berührt sind. Das heißt, für einen Beschluss im Nationalrat ist eine Zweidrittelmehrheit nötig, also die Zustimmung zumindest einer Oppositionspartei.

Die ist aber keineswegs sicher. Grund für diese Absicherung in der Verfassung ist, dass sich die Regierung offensichtlich gegen Anfechtungen vor dem Verfassungsgericht zu verabnen will. Peter Daser berichtet. Es geht um den angekündigten 5-Prozent-Deckel für Richtwertmieten, Kategoriemieten und bei geförderten Miet- und Genaussenschaftswohnungen, die zu grundeligen Gesetze sind, keine Verfassungsgesetze und könnten eigentlich auch ohne Verfassungsmehrheit geändert werden. Der Verfassungsjurist Klaus Poyer von der Universität Graz sagt,

aber es handelt sich um gravierende Eingriffe etwa im Bereich des Grundrechts auf Eigentum. Und daher ist es durchaus wahrscheinlich, dass diese Regelung für den Verfassungsgericht so vorkommen würde. Und indem die Regierung vor hat, hier eine Verfassungsbestimmung zu machen,

sichert sie damit diese Regelung ab. Im Jahr 2016 wurden Eingriffe bei den Richtwertmieten einfach gesetzlich beschlossen. Allerdings, sagt der Verfassungsjurist Bernd Christian Funk, was nun anstehe, gehe viel weiter. Um diese Maßnahmen hier sozusagen verfassungsrechtlich

wasserdich zu machen, ist die Einführung von Verfassungsbestimmungen ein Instrument, das man durchaus hier verstehen kann. Für Verfassungsbestimmungen wäre jedenfalls eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat und damit die Zustimmung von zumindest sozialdemokraten

oder freiheitlichen notwendig. Die Sozialdemokraten kritisieren allerdings, dass mit der vorgelegten Regelung in die Verfassung geschrieben werde, dass Mieten jedes Jahr erhöht werden und auch ein etwaiges Senken nicht mit einfacher Mehrheit beschlossen werden könne. Philipp Schrangl von den Freiheitlichen wiederum sagt, was derzeit vorliege, sei zu wenig, aber wenn mit uns in Verhandlungen eingeritten wird, die auf Augenhöhe stattfinden, wo wir unsere Punkte einbringen können, dann sind wir auf jeden Fall zum Verhandlungen bereit. Wann Verhandlungen der Regierungsparteien mit der Opposition geplant sind, ist bisher nicht bekannt. Die Regierung hat gestern neben dem Mietendeckel auch einen Gebührenstopp angekündigt.

Demnach

sollen die Gemeinden ihre Gebühren für Wasser- oder Müllentsorgung im kommenden Jahr nicht erhöhen. Um die Einnahmefälle zu kompensieren, stellt der Bund 150 Millionen Euro zur Verfügung.

Das reicht aber nicht aus, sagen Experten und Vertreter von Gemeinden. Maria Kern berichtet. Die von der Regierung versprochenen 150 Millionen Euro für die Gemeinden seien zu wenig, um die steigenden Kosten für Wasser und Müll auszugleichen, sagt Peter Biewald vom Zentrum für Verwaltungsforschung. Also wenn alle Gemeinden die Gebühren nicht erhöhen, wären die 150 Millionen nicht ausreichen. Das wären mindestens 220 Millionen notwendig. Auch beim Gemeindebund heißt es, die 150 Millionen Euro genügen nicht, um die Gebühren einzufrieren. Möglich sei nur eine etwas geringere Anhebung. Um wie viel werden die Gebühren im kommenden Jahr also dennoch steigen? Das kommt auf die jeweilige Kostenstruktur der Einrichtung an. Aber ich denke doch, dass in etwa Größenordnung von 3 Prozent auf oder ab entsprechend über bleiben wird. Soweit Gemeindebund Generalsekretär Walter Leis. Im August ist die Inflation wieder etwas gestiegen. Nach 7 Prozent im Juli liegt sie im August bei 7,5 Prozent, so die Schnellschätzung der Statistikaustria. Ein Posten, der zuletzt brem sind, gewirkt hat, treibt die Teuerung nun wieder an, berichtet Paul Sihorch. Die Treibstoffpreise haben die Inflationen in den vergangenen Monaten gedämpft. Jetzt sind sie es, die die Teuerung auf 7,5 Prozent treiben, Josef Baumgartner vom Wirtschaftsforschungsinstitut. Aktuell hatten wir in diesem Jahr im Juni, Juli beim Diesel- und auch beim Superbenzin Preise, also um die 1,50, 1,60 und die haben im August jetzt wieder auf 1,70, 1,75 zugelegt. Doch nicht sie allein treiben die Teuerung an, die Dienstleistungen, Dienstleistungen tragen ebenso ihren Teil dazu bei. Dienstleistungen sind insbesondere arbeitsintensiv und das heißt, das sind eben die höheren Arbeitskosten aus den Lohnabschlüssen vom letzten Herbst bzw. von diesem Frühjahr, die dann eben als höhere Arbeitskosten auf die Konsumentenpreise übergewälzt werden. Im Sommer sind da wohl vorwiegend touristische Dienstleistungen, Preistreiber, Hotels, Restaurants reisen, die Details zur Auswertung der Inflation kommen aber wie immer erst im Laufe des Monats. Österreich liegt im Euro-Ramvergleich wieder weit über dem Schnitt von 5,3 Prozent im August, bedingt durch die hohe Gewichtung der Dienstleistungen hierzulande. Bleibt die Frage, wie es weitergeht? Die Inflation

sollte ab September wieder sinken in Österreich, damit rechnet die Statistikaustreher. Wie vor Ökonom Baumgartner geht davon aus, dass der Sektor Energie immer dämpfender wirken wird, Dienstleistungen allerdings noch länger hochbleiben. Experteninnen und Experten gehen von einer Teuerungsrate von gut 5 Prozent zum Jahreshälte aus. In der Steiermark beginnen die Apfelbauern

dieser Tage mit der Ernte. Diese dürfte um ein Viertel geringer ausfallen als im Vorjahr,

Grundsinnfrost im Frühjahr, Hagel im Sommer, aber auch die immer geringere Zahl von Apfelbauern.

Für die, die weitermachen, steigt der Preisdruck, berichtet Bettina Zajac. Wenn die Apfelbauern derzeit ihre Äpfel ernten, wissen sie noch nicht, wie viel Euro bzw. Sense pro Kilo erwirtschaften werden. Der Preis muss mit dem Lebensmittelhandel vereinbart werden. Die Äpfel aus dem Ausland sind billiger. In den letzten acht Jahren habe es nur zwei normale Ernten gegeben, ohne größere Ausfälle durch Frost oder Hagel. Die Investitionen sind laut Manfred Kohlführst durchschnittlich um 35 Prozent gestiegen. Erster Präsident des österreichischen Upsbauverbandes. Wir haben bei Pflanzenschutzsteigerungen von über 20 Prozent gehabt. Wir haben in anderen Bereichen Treibstoffkosten über 50 Prozent plus. Die steirische Landwirtschaftskammer rechnet vor, dass nicht einmal ein Viertel am Hof bleibt als Wertschöpfung. Den großen Preishandel, den der Konsument zu beruppen hat, mache die Vermarktung unter Handel aus, sagt der steirische Landwirtschaftskammerpräsident Franz-Dietchenbacher. Das heißt, 60 Cent-Baukiler werden für die

Betriebe unbedingt notwendig. Auch im Upsbau verspüre man ein Bauernsterben. Waren es in den 1990er-Jahren noch 1.500 Betriebe in der Stermark, zählt man jetzt nur mehr knapp 1.000 Betriebe. Diese sind auch in der Anbaufläche nicht größer geworden, sagt Vizepräsidentin Maria Pein. Die Fläche hat sich um ein Viertel verkleinert. Vor 20 Jahren hatten wir eine Anbaufläche von 6.000 Hektaren und wir haben jetzt mit 2023 eine Fläche von 1.800 Hektaren. Eine Lösung sei der Anbau von neun Sorten, die dann höhere Preise erzielen würden. Auch durch Veredelung am Hof versucht man die Wertschöpfung zu steigern, in dem Most oder Apfelsaft produziert wird.

Gleich 18 Uhr und 9 Minuten. Wir kommen im Abendjournal zu Themen aus dem Ausland. Nach dem Militärputsch in Nigal vor rund zwei Wochen drohte Lage zu eskalieren. Heute hat die Militärhüter

die diplomatische Immunität der französischen Botschafterin aufgehoben. In Toledo in Spanien diskutieren derweil die EU-Außenministerinnen und Minister Sanktionen gegen die Militärführung in dem afrikanischen Land. Aus Toledo berichtet Benedikt Veichtner. Die EU dürfe ihren Einfluss in der Sahelzone nicht verlieren, sind sich die 27 Außenministerinnen und Außenminister der EU einig,

dass sie in Nigal eine Militärhüter die Macht übernommen habe, dürfe nicht hingenommen werden, betont die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock. Und deswegen haben wir auch gerade von deutscher Seite so massiv dafür geworben, dass wir schnell einen Sanktionsregime auf den Weg bringen können, was deutlich macht, dass wir als demokratische Staaten der Europäischen Union anderen Demokratien zur Seite stehen, wenn sie uns brauchen. Nigal ist für die EU in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Das Land ist reich an Erdöl und Uran und es liegt an einer wichtigen Migrationsroute. Sowohl Deutschland als auch Frankreich wollen sich daher den Sanktionen der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOVAS anschließen. Dazu zählen etwa Einreise und Vermögensperren

für führende Putschisten. Wichtig sei, dass der ECOVAS-Gruppe die Führungsrolle überlassen werde, so Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg. Afrikanische Lösungen für afrikanische

Probleme. Aber wir müssen uns sehr hüten, als europäische Staaten hier nicht wieder in einem Art neokolonialen Auftreten zu verfallen. Zurückhaltend äußert sich Italiens Außenminister Antonio Tajani. Für eine Lösung müsse miteinander gesprochen werden. Es sei wichtig, die

Demokratie

in Niga zu verteidigen. Das Mittel der Wahl sei jedoch die Diplomatie. Wir müssen für eine gute Lösung. Natürlich sind wir in Favor der Demokratie in Nijer, aber wir müssen die Demokratie durch die

Diplomatie verteidigen. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell kündigt an, Sanktionen vorzubereiten.

Ob sich alle 27 EU-Länder den Strafmaßnahmen anschließen, bleibt offen. In Großbritannien ist Verteidigungsminister Ben Wallace zurückgetreten. Wallace galt als politisches Schwergewicht und

hat maßgeblich die konsequente Linie der NATO gegenüber Russland im Ukraine-Konflikt mitbestimmt.

Ihm folgt Grant Sheps, bisher Energieminister und ein Vertrauter von Premierminister Sunak aus London

Jörg Winter. Seit sieben Jahren Minister, die letzten vier da von Schäfen im Verteidigungsresort und mit

dem engsten verbündeten USA-Stets konsequenter Verteidiger einer harten Linie gegenüber Moskau.

Ben Wallace ließ nie einen Zweifel Russland müsse im Konflikt mit der Ukraine in die Knie gezwungen werden.

Innerhalb der NATO war Wallace respektiert, seine Ambition auf den Chefsessel im Verteidigungsbündnis soll

US-Präsident Biden disavoyiert haben. Den Rücktritt hat Wallace schon vor Wochen angekündigt aus privaten Gründen. In britischen Armeekreisen wurde er als Vorkämpfer für höhere Verteidigungsbudgets

geschätzt. Sein Nachfolger Grant Sheps sorgt bei den Generälen hingegen für Stirnrünself, auch weil im jeglicher militärischer Background fehlt. Innerhalb der Tories gilt Sheps hingegen als Universalkandidat für Jobs aller Art. Innerhalb eines Jahres war Verkehrs, Innen, Wirtschafts, Energie

und jetzt Verteidigungsminister. Rhetorisch begabt wird er vom Premierminister Sunak gerne vor die Kameras geschickt und zwar immer dann, wenn es Unangenehmes zu erklären gibt. Grant Sheps wird

ab sofort ein zentrales Gesicht bei der Koordinierung der Militärhilfe für die Ukraine. Innenpolitisch rüstet sich Rishi Sunak damit aber auch für den bevorstehenden Parteitaktort Tories und den folgenden Wahlkampf, wo der Premierminister die Reihen hinter sich schließen will. Die Zahl der Toten nach der Brandkatastrophe in Südafrikas größter Stadt Johannesburg ist auf 73 gestiegen, mehr als 50 Menschen sind verletzt. Südafrikas Präsident Ramaphosa spricht von einer immensen Tragödie. Das Haus, das offenbar im Besitz der Stadt Johannesburg ist, wurde von hunderten Menschen illegal bewohnt. Verena Sophie Meier berichtet. In Silberfolien oder Decken gehüllt liegen dozen der Leichen auf der Straße im Zentrum von Johannesburg. Die Einsatzkräfte haben das russgeschwärzte und noch immer rauchende Haus heute Stock für Stock durchkämmt. Mitten in der Nacht gegen 31 ist das Feuer ausgebrochen. Hunderte Menschen, die in dem leerstehenden Haus zusammengedrängt gewohnt hatten mussten plötzlich fliegen. Sogar Einsatzkräfte

sind sprachlos. Es gab keine Feuertreppe und viele Tore waren geschlossen, erzählt ein

Augenzeichen.

Manche Gänge waren durch Betten verstellt, wir haben so viel Rauch eingeatmet, andere sind drinnen gestorben, sagt eine Bewohnerin, die es mit ihren Kindern hinaus geschafft hat. Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa spricht den Familien sein Beileid aus, deren Angehörige unter diesen schrecklichen Bedingungen ums Leben gekommen sind. Er hoffe, dass die Brandermittlungen dazu beitragen, eine Wiederholung einer solchen Praktik zu verhindern. Wer genau in dem denkmalgeschützten

Gebäude gelebt hat, konnte die Stadtverwaltung von Johannesburg nicht sagen. Viele leerstehende Häuser im ehemaligen Geschäftsviertel wurden von Obdachlosen bezogen. Einige befinden sich auch

in den Händen von Kartellen, die Mieten von den Menschen eintreiben, sagt der Wohnungsbeauftragte

für die Provinz. Die Ursache für den verheerenden Brand wird jetzt ermittelt, da es in einem leerstehenden

Haus keine Stromversorgung gibt, vermuten die Behörden, dass Kerzen oder ein Kochfeuer den Brand ausgelöst haben. Hurricane Idalia hat im Südosten der USA schwere Schäden angerichtet. Nach Sturmfluten in Florida haben heftige Regenfälle auch in Georgia und South Carolina Häuser und

Straßen überflutet. Tausende Haushalte sind ohne Strom. Aus den USA berichtet Thomas Langpaul. Nachdem das Wasser langsam zurückgeht, lässt sich das Ausmaß der Schäden abschätzen. In der 700 Einwohnerstadt Perry, mitten im schwerst betroffenen Gebiet in Florida, helfen sich die Menschen selbst, die Straßen von umgestürzten Bäumen und Trümmern zu befreien.

Es war schlimm, sagt diese Frau, so etwas habe ich noch nie erlebt. Weil die Küste hier flach ist und es kaum Erhebungen gibt, ist das Wasser weit ins Landesinnere vorgedrungen. Es gibt kein einziges unbeschädigtes Haus im ganzen Viertel, sagt dieser Mann. Auch wenn das Wasser nicht so hochgestiegen ist wie befürchtet, war es der schlimmste Wirbelsturm in dieser Region seit den 1890er Jahren. Präsident Joe Biden benennt die Ursache. Man kann die Auswirkungen der Klimakrise

nicht mehr leugnen. Sehen Sie sich um. Historische Überschwemmungen, Trockenheit, extreme Hitze,

Waldbrände, wie wir sie noch nie gesehen haben. Für Florida ist nach dem Sturm vor dem Sturm die Hurricane-Saison hat eben erst begonnen. 18.16 Uhr zurück nach Österreich. Die Grünen fordern vom Verfassungsschutz eine härtere Gangart gegenüber der FPÖ-Partei Jugend. Diese sei von denen als Rechtsextrem eingestuften Identitären nicht mehr zu unterscheiden. Das hat nach Ansicht von Fachleuten zuletzt ein Video des blauen Parteienwachstums verdeutlicht. Niklas Lärcher berichtet. Im Video der freiheitlichen Jugend ist vom Bevölkerungsaustausch die Rede ein Begriff, denn auch die rechtsextremen Identitären verwenden. Auch Mitglieder der rechtsextremen Gruppe sind

zu sehen. Die Direktion Staatsschutz- und Nachrichtendienst, kurz DSN, stuft die FPÖ-Jugendorganisation

bisher aber nicht als rechtsextrem ein. Der grüne Sicherheitssprecher David Stöckmüller fordert vom Verfassungsschutz. Die freiheitliche Jugend gehört entsprechend eingestuft und auch überwacht. Ob das der Verfassungsschutz macht, ist unklar. Zu etwaigen Erhebungen, zu konkreten Organisationen, Gruppierungen oder Personen gebe man grundsätzlich keine Auskunft, heißt es auf

Anfrage. Die DSN habe Rechtsextremismus zwar auf dem Radar, sagt Stöckmüller, wenn es aber um Verbindungen zur FPÖ gehe. Da fürchte man sich doch, das klar auszusprechen. Im Gegensatz zu Deutschland wurde dortige Verfassungsschutz die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall führt.

Warum

das in Österreich anders ist, bleibt für den grünen Abgeordneten schleierhaft. Ich hoffe nicht, dass der Grund ist, dass man sich vor der Landeshauptfrau aus Niederösterreich führt, um in mitzuteilen, dass der Koalitionspartner, der sich auch im Video gezeigt hat, rechtsextrem ist. Die FPÖ hat nach wie vor kein Problem mit dem Video. Niederösterreichslandeshauptfrau Johanna Mikleidner von der ÖVP lässt wissen, für die breite Mehrheit der Bevölkerung sei so etwas nicht normal. An der Koalition will die ÖVP dennoch festhalten, auch wenn die Jugendorganisation des

blauen Koalitionspartners unter Rechtsextremismus verdacht steht. Mit strengeren Strafen ist heute in St. Pölten ein Prozess gegen dreiehmilige Pflegekräfte zu Ende gegangen. Die angeklagen sollen 2016 Bewohner eines Pflegeheims in Kirchstetten missbraucht und gequält haben. Bereits vor zwei Jahren sind sie dafür zu bedingten Haftstrafen verurteilt worden. Der Oberste Gerichtshof hat die

Urteile heuer teilweise gekippt. Stefan Schwarzwald Seiler informiert. Die drei angeklagen sollen Heimbewohner geschlagen, mit Franz Brandweinem Genitalbereich eingerieben oder abwechselt mit

kaltem und heißem Wasser abgeduscht haben. Der Oberste Gerichtshof hat die Schuldsprüche in diesen Punkten aber aus formalen Gründen aufgehoben. Im heutigen Prozess bestreiten die angeklagen weiter alle Vorwürfe, die Staatsanwältin sieht das anders. Um das Verfahren abzukürzen,

werden die fünf Punkte fallen gelassen. Am Ende entscheidet das Gericht nur über die Strafhöhe für die vom Höchstgericht bestätigten Verfehlungen, darunter sexueller Missbrauch oder das Quelen von Heimbewohnern. Statt einer bedingten Haftstrafe fassen die drei unbedingte Strafen zwischen 18 Monaten und dreieinhalb Jahren aus. Der Richter begründet das mit der herabwürdigenden Art und Weise der angeklagen und einer Generalpräventiven Wirkung. Die angeklagen wollen auch dagegen berufen, das Urteil ist nicht rechtskräftig. In Rauris in Salzburg waren heute rund 30 Bagger und Muldenfahrzeuge im Einsatz, um nach den Unwettern und dem

Murenabgang das Bachbett der Rauriser Arche von Schlamm und Geröllmassen zu befreien. Die Arbeiten

sind aufwendig und gefährliches, drohen weitere Hangrutschungen und das hat auch mit dem Klimawandel zu tun. Mehr von Verena Bauer. Am Wochenende ist im Raurisertal eine riesige Stein- und

Schlamm-Lawine abgegangen. Sie hat 24 Hektar Fläche vermut, das sind rund 34 Fußballfelder. Der Grund

für diese große Vermohrung war aber wohl nicht nur der Regen, sagt der Gebietsbauleiter der Wildsbauch- und Lawinenverbauung im Pinskau, Gephard Neumeier. Wir haben heute noch einmal eine

Hubschrauberbefügung durchgeführt und konnten feststellen, dass im Bereich des Pilatus-Kas die Karschwelle sich um ca. 70 bis 100 Meter eingedift hat und da ist so viel Material mobilisiert worden.

Wobei wir auch deutlich sehen konnten, dass noch sehr viel Material aus diesem K mobilisiert werden

kann. Also ich bin fest davon überzeugt, dass auch das Bärmerfrost-Problem hier eine wesentliche Rolle spielt. In Zukunft besteht daher die Gefahr, dass weitere große Steinmuren abgehen können. Daher wird die bestehende Straße nach Kolm-Seiguren, die beim Unwetter zerstört worden ist, nicht einfach

wieder dort errichtet, wo sie war, sondern sie muss laut Wildsbauch- und Lawinenverbauung neu geplant und an einer anderen Stelle im Tal gebaut werden. Wie ein Medikament wirkt und welche potenziellen Nebenwirkungen es haben kann, unterscheidet sich von Patient zu Patient oft stark. Hier könnte die Pharmakogenetik helfen. Auf Basis eines Gen-Tests ist es möglich, die besten Wirkstoffkombinationen individuell für die jeweiligen Betroffenen zu ermitteln. In Österreich werden derartige Tests aber kaum noch eingesetzt. Rafael Krabscher berichtet. Eine Blut- oder Speichelprobe verrät viel darüber, wie eine Person auf bestimmte Medikamente reagiert. Trotzdem sind pharmakogenetische Tests in Österreich äußerst selten, erklärt die Fachärztin Astrid Pinska-Plank vom Schmerzkompetenzzentrum Bad Fürslau. In Österreich wird diese

Untersuchung einfach nicht übernommen von den Krankenkassen und vor allem einfach nur übernommen

von teilweise Privatversicherern, aber eigentlich von der Privatperson selbst. International konnte man mit den Tests unter anderem bereits Erfolge in der Psychiatrie und der Behandlung von Krebs erzielen. Für einen breiteren Einsatz in der Praxis müssten die heimischen Krankenkassen die Tests bezahlen und es brauche mehr Informationen für Ärztinnen und Ärzte zur Pharmakogenetik,

um die Patienten künftig effektiv beraten und behandeln zu können, so die Medizinerin.

Heute gehen die Salzburger Festspiele zu Ende, Zeit bilanz über das weltweit größte Klassikfestival zu ziehen. Eines steht bereits fest, der Festspielsommer hat einen Publikumsrekord gebracht. Peter Obermüller berichtet. Die 178 Aufführungen in 43 Tagen an 15 Spielstätten bringen eine Auslastung von 98,5 Prozent. Das Interesse der Besucherinnen und Besucher übertrifft sogar noch den Rekordsommer von 2019. Das internationale Publikum ist wieder da. Die Gäste kommen aus 79

Ländern, davon 40 außereuropäische Nationen. Festspielpräsidentin Christina Hammer. Wir freuen uns, dass unsere internationalen Besucher wieder zurückgekehrt sind. Wir haben so ein großes Interesse aus den USA, dass sogar noch das vor der Pandemie übertrifft. Auch die Asiaten kehren jetzt langsam wieder zurück. Das Rekordinteresse bedeutet Einnahmen von 29 Millionen Euro. Auch das mediale Interesse ist wieder groß. 531 Journalistinnen und Journalisten aus 31 Ländern haben über die Salzburger Festspiele 2023 berichtet. Die künstlerische Bilanz der Salzburger Festspiele können Sie morgen im Morgenjournal um sieben hören. Jetzt die Nachrichten Anselm Pär. Bayerns Vizeregierungschef Hubert Aiwanger hat sich in der Fährer um ein antisemitisches Flugblatt aus seiner Schulzeit jetzt erstmals öffentlich entschuldigt in einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz. Sprach er von einem abscheulichen Pamphlet, das vor 36 Jahren in seiner Schultasche

gefunden worden sei. Er betonte erneut es nicht verfasst zu haben. Dazu hatte sich am Wochenende sein älterer Bruder bekannt. Von einer möglichen Rücktrittsrede Aiwanger nicht. Er sieht sich als Opfer einer politischen Kampagne. An der Spitze der Richtervereinigung gibt es einen Wechsel.

Sabine

Matheker legt das Amt nach sechs Jahren zurück, weil wegen Streitigkeiten in der Koalition seit Dezember nicht entschieden ist, ob sie Leiterin des Bundesverwaltungsgerichts wird. Sie war in einem Auswahlverfahren die bestgereite Kandidatin. An der Spitze der Richtervereinigung folgt ihr ab morgen der bisherige Vizepräsident Gernot Kandut. Der Präsident der Wiener und der österreichischen

Ärztammer Johannes Steinhardt ist wieder im Amt. Steinhardt hatte sich im April vorübergehend zurückgezogen wegen eines eingriffsam Herzen. Steinhardt wird in der Erkauser rund um mutmaßliche

Malversationen in der Tochtergesellschaft Equip vor Ort, die als Beschuldigter geführt, erweist die Vorwürfe zurück. In Graz muss ein Verurteilter islamistischer Terrorist erneut vor Gericht, weil er im Gefängnis neue Anschlagpläne im Namen der IS Terror Miliz geschmiedet haben soll.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 24-Jährigen unter anderem vor. Er habe mit einem in die Haft geschmuggelten Handy versucht, einen Nutzer in sozialen Medien zu einem Selbstmordanschlag zu bewegen. Der Mann war 2018 wegen Anschlagplänen auf den deutschen US-Truppenstützpunkt Rammstein zu neun Jahren Haft verurteilt worden. In Russland fordert ein inhaftierter Ultrationalist

und Kriegsbefürworter Präsident Putin heraus. Der Militärblogger Igor Gier-Kinn will bei der Präsidentschaftswahl kandidieren, denn er sei kompetenter als Putin. Putin sei zu freundlich, schreibt er auf Telegram. Seine Kandidatur gilt als unwahrscheinlich. Der hat offene Kritik an Putin, ist in Russland aber selten. Gerken ist seit Juli wegen Aufruf zum Extremismus angeklagt, im Grund 5 Jahre Haft. Das Wetter bringt morgen zeitweise Sonnenschein. Am längsten Sonnig wird es im Westen und Süden, von Salzburg Ostwärts auch ein paar dichtere Wolkenfelder und einzelne Regenschauer oder Gewitter. Es wird wärmer mit 21 bis 27 Grad.

Kristina Tönneke, Frankenberger Sabine Heiner und Helene Seelmann, ihr Team heute sagt Danke für Interesse. Gleich ist es 18.25 Uhr. Es geht weiter mit dem Journal-Panorama und Monika Feldner-Zimmermann.

Ö1 Journal-Panorama

Guten Abend. Werden wir es schaffen, den globalen